



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 34. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. Juli 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender
Hauke Göttisch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Uta Wentzel (CDU)
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Andrea Tschacher (CDU)
Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anne Riecke (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zum Besuch einer Delegation aus Cherson am 28. November 2024 und Ausblick auf den geplanten Fortgang der Solidarpartnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und der ukrainischen Oblast einschließlich Zeitplan für die übrige Wahlperiode	6
Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) und des Abgeordneten Rasmus Vöge (CDU) in der 32. Sitzung vom 5. März 2025	
2. Sachstandsinformation zum Projekt Europakommunikation in Schleswig-Holstein (EuKoSH) der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD)	8
Angebot der Landesregierung Umdruck 20/4783	
3. Vorbereitungen des Landes Schleswig-Holstein auf die Dänische EU-Ratspräsidentschaft	10
Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) und des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) Umdruck 20/4874	
4. Bericht zu den Fehmarnbelt-Days 2025 vom 14. bis 16. Juni 2025 in Lübeck	11
Angebot der Landesregierung	
5. Bericht zur 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister (EMK) am 21. und 22. Mai 2025 in Brüssel	12
Angebot der Landesregierung	
6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)	13
Berichterstattung: Abgeordnete Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
7. Stärkung der Rahmenbedingungen für eine resiliente Arzneimittelversorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa	14
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/3048	
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/3098	
8. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten	15
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/2308	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2364	

	Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten	15
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Umdruck 20/3711	
	Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten	15
	Antrag der Fraktionen von SPD und SSW Umdruck 20/4991	
9.	Terminplanung 2026	17
	Vorschlag des Vorsitzenden Umdruck 20/4961	
10.	Für eine Europäische Union mit Sinn und Verstand: Regelung für technische Inspektion von älteren Fahrzeugen beibehalten	18
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/3189	
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/3245	
11.	Nordseebericht	19
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/3008	
12.	Bericht zu Studenten- und Schüleraustauschprogrammen inklusive Teilnahmezahlen	20
	Antrag der Abgeordneten Marc Timmer (SPD) und Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in der 29. Sitzung vom 18. Dezember 2024 hierzu: Umdruck 20/5005	
13.	Fachgespräch	23
	Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland	23
	Antrag der Fraktionen von SSW und SPD Drucksache 20/2475 (neu)	
14.	Fachgespräch (Teil 1)	32
a)	Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029	32
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2964	

	Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa	32
	Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 20/2988	
	Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche	32
	Alternativantrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/2991	
b)	Schleswig-Holstein in Europa – Europapolitische Schwerpunkte (Europabericht 2024/2025)	45
	Bericht der Landesregierung Drucksache 20/2999	
15.	Information und Kenntnisnahme	46
16.	Verschiedenes	47

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung zum Besuch einer Delegation aus Cherson am 28. November 2024 und Ausblick auf den geplanten Fortgang der Solidarpartnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und der ukrainischen Oblast einschließlich Zeitplan für die übrige Wahlperiode

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) und des Abgeordneten Rasmus Vöge (CDU) in der 32. Sitzung vom 5. März 2025

hierzu: [Umdrucke 20/3773](#), [20/3781](#), [20/4377](#)

Minister Schwarz erinnert eingangs daran, dass im November 2024 zwölf Punkte für die weitere Zusammenarbeit vereinbart worden seien. Auf deren Grundlage habe die Landesregierung bereits im Januar 2025 sogenannte Balkonkraftwerke im Wert von 500.000 Euro in die Oblast Cherson geliefert, um der schwankenden Stromversorgung vor Ort entgegenzuwirken. Zudem sei infolge des Partnerschaftsabkommens eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG Cherson) unter der Federführung des Europaministeriums gegründet worden. Die Landesregierung arbeite kontinuierlich daran, die zwölf Punkte umzusetzen. Dies sei in Teilen bereits gelungen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Solidarpartnerschaft bildeten Kooperationen mit hiesigen Institutionen. Der Europaminister berichtet in diesem Zusammenhang von einem Auftrag an die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, einen akademischen Austausch unter intensiver Einbindung der Agrarfakultät zu initiieren. Das Europaministerium bereite eine Delegationsreise nach Cherson vor, um sich im universitären und praktischen Austausch Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Landwirtschaft zu erschließen. Bislang gebe es noch keinen konkreten Termin für dieses Vorhaben. Für Universitätsstipendien habe das Bildungsministerium Kontakt zu den Hochschulen aufgenommen und von dort positive Signale erhalten; alle Akteure eine das Ziel, in diesem Bereich zu Ergebnissen zu kommen.

Die Landesregierung habe den Transport einer Lkw-Ladung mit ausrangierter Schulausstattung für Grundschulen in Cherson mit 3.000 Euro bezuschusst. Im kulturellen Bereich sei eine Zusammenarbeit mit der Stadt Kiel vorgesehen, ukrainischer Künstler zu unterstützen und sie hierzulande bekannter zu machen. Akteurinnen und Akteure aus dem Sportbereich hätten – angestoßen vom Europaministerium – Kontakte ausgetauscht.

Darüber hinaus seien telemedizinische Beratungsangebote sowie ein Besuch ukrainischer Ärzte am UKSH vereinbart worden.

Minister Schwarz betont, die Oblast Cherson biete der Landesregierung ihrerseits im Rahmen der Solidarpartnerschaft Einblick in wichtige Erfahrungen und Erkenntnisse dazu, was für den akuten Krisenfall im Bereich des Katastrophenschutzes vorzuhalten und vorzubereiten sei. Im Hinblick auf seinen umfangreichen Sprechzettel bietet der Europaminister auf Wunsch der Abgeordneten Riecke an, diesen zur Verfügung zu stellen sowie auf Nachfrage weitere Details auszuführen.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Pauls erklärt Herr Dr. Petzold nochmals, dass die von der Staatskanzlei vor geraumer Zeit veröffentlichte Liste über in der Oblast Cherson benötigte Güter nicht in der Verantwortung des Europaministeriums entstanden sei. Sie enthalte die Aufforderung an Dritte, die genannten Gegenstände zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung erhalte aber keine Rückmeldungen zum Stand der Abarbeitung. Das Europaministerium konzentriere sich gegenwärtig darauf, die eingangs genannten zwölf Punkte abzuarbeiten.

2. Sachstandsinformation zum Projekt Europakommunikation in Schleswig-Holstein (EuKoSH) der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD)

Angebot der Landesregierung

[Umdruck 20/4783](#)

hierzu: [Umdrucke 20/3748](#), [20/4856](#), [20/5014](#)

Minister Schwarz schickt den Ausführungen Herrn Dr. Beutels, des Projektverantwortlichen an der Fachhochschule in Altenholz, voraus, Ziel des Projekts sei es gewesen, junge Menschen für europapolitische Zusammenhänge zu sensibilisieren und zu informieren.

Projektleiter Dr. Beutel, Fachleiter für die Ausbildung im Allgemeinen Verwaltungsrecht und im Europarecht an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, trägt anhand einer Präsentation ([Umdruck 20/5014](#)) vor und betont einleitend, dass junge Menschen aus Schleswig-Holstein in der Regel bereits Begeisterung für die europäische Idee mitbrächten. Die Präsentation weiter einordnend fügt der Projektleiter hinzu, es handele sich bei dem Projekt um eine Prüfungsleistung Studierender zum empirischen Arbeiten, die auf der Grundlage von Interviews mit Schülerinnen und Schülern in einem begrenzten Zeitraum angefertigt worden sei. Die Ergebnisse seien somit nicht als repräsentativ aufzufassen.

Die Reichweite der bislang vorhandenen Kommunikationsangebote für junge Menschen im europapolitischen Zusammenhang sei begrenzt. Die Befragung der Schülerinnen und Schüler habe ergeben, dass, um dies zu ändern, Informationen stets einen konkreten Bezug zur Lebenswirklichkeit junger Menschen aufweisen sollten. Diese finde zu großen Teilen in Sozialen Medien statt. Um junge Menschen besser zu erreichen, sei es wichtig, Formate zu entwickeln, die über Soziale Medien funktionierten und der Zielgruppe bereits vertraut seien.

Projektleiter Dr. Beutel unterstreicht zudem die Rolle der Schulen. Bei einer ersten Befragung von 3.500 Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein sei ein sehr großes Vertrauen in die schleswig-holsteinischen Schulen gemessen worden. Sie seien also anerkannte Multiplikatoren und empfahlen sich vor diesem Hintergrund etwa für die Durchführung wissenschaftlicher Modellprojekte.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Krüger erläutert Frau Stamme, die Fachabteilung prüfe gegenwärtig die Umsetzungsmöglichkeiten. Daher sei man bislang noch nicht mit dem Bildungsministerium in Kontakt getreten.

Abgeordneter Timmer spricht sich dafür aus, das seiner Ansicht nach wichtige Thema erneut und mit mehr Zeit aufzugreifen, wenn er beispielsweise an die angesprochene Toolbox denke. Möglicherweise könne Herr Dr. Beutel eine schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse der Toolbox zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende bringt eine auswärtige Sitzung ins Spiel.

Abgeordnete Wentzel schlägt vor, sich mit Andrea Heering vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein in Verbindung zu setzen, die die mehrmonatige Fortbildung für Lehrkräfte zur Europakompetenz verantworte, um dies möglicherweise direkt in die Praxis einzubinden.

Herr Dr. Beutel dankt für den Hinweis; die Angebote müssten auch wirklich zur Zielgruppe passen. Daher habe sein Team mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein bereits bei der Vorbereitung des Projektberichts Gespräche geführt. Er lädt den Ausschuss zu einem Besuch an die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung ein und bietet an, die Ansätze der Toolbox und bestimmte Rückmeldungen der ersten Studie darzustellen.

Auf Nachfrage der Abgeordneten von Kalben bestätigt er, die Ergebnisse und die Toolbox finde man nicht auf der Website der Hochschule, weil es sich letztlich eben um eine nicht zur Veröffentlichung vorgesehene Prüfungsarbeit handele, wohingegen die Studie für die Europa-ministerkonferenz von seinem Kollegen Dr. da Mota Pedrosa und ihm stamme. Er lobt, man habe den Fragebogen in guter Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium einsetzen können.

Minister Schwarz stellt in Aussicht, möglicherweise ergebe die bereits von Frau Stamme angesprochene Prüfung seiner Fachabteilung zu Umsetzungsmöglichkeiten Ergebnisse, mit denen man die geäußerten Wünsche erfüllen könne. Er sagt zu, über den Fortgang zu berichten.

3. Vorbereitungen des Landes Schleswig-Holstein auf die Dänische EU-Ratspräsidentschaft

Antrag der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) und des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)

[Umdruck 20/4874](#)

hierzu: [Unterrichtung 20/266, Umdruck 20/4993](#)

Abgeordnete Pauls möchte wissen, wie sich Schleswig-Holstein auf die dänische EU-Ratspräsidentschaft vorbereite, woraufhin Minister Schwarz auf den [Umdruck 20/4993](#) verweist. Herr Callsen, Dänemarkbevollmächtigter der Landesregierung, ergänzt um seinen Besuch im dänischen Außenministerium, bei dem er den einstimmigen Landtagsbeschluss für starke europäische Regionen und gegen die Zentralisierung von Agrar- und Regionalfonds sowie den Wunsch der Landesregierung übermittelt habe, bei der Ausgestaltung der künftigen europäischen territorialen Zusammenarbeit nach 2027 die Verantwortung nach wie vor dezentral zu regeln. In diesem Zusammenhang habe er um die Unterstützung der dänischen Ratspräsidentschaft sowie für die Minderheitenpolitik, auch mit Blick auf die beiden einstimmigen Landtagsbeschlüsse, geworben.

Von Abgeordneter Pauls befragt verweist er auf die Website der Bundesregierung zur Rolle der Ratspräsidentschaft, wonach die nationale Position zugunsten einer vermittelnden Rolle in den Hintergrund trete. Auf die Nachfrage des Abgeordneten Timmer mit Blick auf den überraschenden Stellenwert der Klimapolitik während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft versichert er, selbstverständlich bespreche die Landesregierung im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit regelmäßig auch Fragen der Energiepolitik, und erinnert an die Dänemarkstrategie, die unabhängig von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft gelte.

Herr Petersen, Mitarbeitender der Landtagsverwaltung im Europareferat, berichtet über die Planung des anstehenden Länderabends.

Der Vorsitzende schlägt vor, die neue Botschafterin in Dänemark in den Ausschuss einzuladen.

4. Bericht zu den Fehmarnbelt-Days 2025 vom 14. bis 16. Juni 2025 in Lübeck

Angebot der Landesregierung

Minister Schwarz lobt eingangs Herrn Musiolik, Leiter des Europareferats im Europaministerium, und das gesamte Referat für die mehr als anderthalb Jahre währende entsprechende sehr gute Vorbereitung. Auch die teilnehmenden Abgeordneten und alle Beteiligten hätten für eine erfolgreiche bürgernahe Veranstaltung für gelebte Demokratie und deutsch-skandinavische Freundschaft gesorgt, die eine Rekordzahl von 25.000 Menschen besucht und der sich eine mit 500 Teilnehmenden sehr gut besuchte und sehr erfolgreiche Konferenz angeschlossen habe. Überraschenderweise sei vom Lübecker Bürgermeister direkt nach dem Ende der Konferenz angekündigt worden, sich auch um die Austragung der Fehmarnbelt-Days 2029 zu bewerben, die er als Erfolg für Lübeck und die Region begreife. Wenn die Region diesen Weg weitergehe, werde sie zu einem festen Bezugspunkt im Austausch zwischen Skandinavien und Schleswig-Holstein. Für die Fehmarnbelt-Days 2027 stehe noch kein Termin fest.

Auf Nachfrage des Abgeordneten Timmer, der ebenfalls die gelungene Veranstaltung lobt, teilt der Europaminister mit, die Abgeordneten seien zu der genannten Konferenz eingeladen gewesen, bei der es nicht nur um die Situation nach Errichtung des Tunnels, sondern auch um die derzeitige Situation im Ostseeraum gegangen sei.

5. Bericht zur 97. Konferenz der Europaministerinnen und Europa-minister (EMK) am 21. und 22. Mai 2025 in Brüssel

Angebot der Landesregierung

Minister Schwarz berichtet von der Konferenz unter dem Vorsitz Thüringens zu durchaus brennenden europapolitischen Themen. Der EU-Kommissar für Haushalt habe einen Ausblick auf die aktuellen Entwicklungen zum mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 gegeben. Die Mitglieder hätten mit den Europaabgeordneten Lins und Noichl über die Stärkung der ländlichen Räume in der EU diskutiert und sich darüber hinaus inhaltlich auch der europäischen Verteidigungspolitik, dem Weimarer Dreieck, der Industriepolitik sowie der Wettbewerbsfähigkeit gewidmet.

Schon seit längerem diskutiere die EMK darüber, auch ihre direkten ausländischen Nachbarn einzuladen, weshalb ein polnischer Vertreter zugegen gewesen sei, was er für sehr sinnvoll halte. Unter anderem habe sein Haus den Beschluss zur Stärkung der ländlichen Räume in der EU vorbereitet, um ihre zentrale Bedeutung für ein starkes, nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Europa zu betonen. Schleswig-Holstein habe sich insbesondere mit landesspezifischen Aspekten zum Maßnahmenprogramm LEADER der EU, das Modellprojekte im ländlichen Raum fördert, und zum demografischen Wandel mit dem Fokus auf junge Menschen im ländlichen Raum eingebracht. Beschlüsse seien zum Weimarer Dreieck und zur Transformation der europäischen Automobilindustrie gefasst worden.

Frau Stamme ergänzt auf Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering, Grenzkontrollen seien kein Thema gewesen.

6. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Berichterstattung: Abgeordnete Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

hierzu: [Umdruck 20/5028](#)

Abgeordnete von Kalben verweist auf den aktuellen Bericht aus Brüssel ([Umdruck 20/5028](#)).

7. Stärkung der Rahmenbedingungen für eine resiliente Arzneimittelversorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3048](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3098](#)

(überwiesen am 22. Mai 2025)

– Verfahrensfragen –

Abgeordnete Riecke schlägt ein Fachgespräch vor.

Abgeordnete von Kalben stellt fest, dass der Terminplan in diesem Jahr kein weiteres Fachgespräch vor Dezember mehr zulasse, und wirft die Frage auf, ob man deshalb stattdessen eine schriftliche Anhörung durchführen solle. Im Rahmen ihrer Berichterstattung für den Ausschuss der Regionen würden auf digitalem Wege zeitnah Gespräche mit Stakeholdern geführt, zu denen sie die Ausschussmitglieder einlade. Der Bericht werde im Dezember 2025 sowohl im Ausschuss der Regionen als auch im Parlament verabschiedet, sodass der angefragte Sachstand bis dahin abgeschlossen sein werde. Auch anderes befinde sich parallel in der Entwicklung. Im Anschluss könne man immer noch über die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein sprechen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, der Ausschuss werde eine schriftliche Anhörung bei Benennung der Sachverständigen bis zum Freitag nächster Woche durchführen. Im Rahmen der Stakeholder-Gespräche des Ausschusses der Regionen würden die Vorschläge der FDP aufgenommen, womit sich Abgeordnete Riecke einverstanden erklärt.

Der Ausschuss beschließt sodann einstimmig, zu den Anträgen eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

8. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024 an den **Bildungsausschuss** und Europaausschuss)

Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3711](#)

hierzu: [Umdrucke 20/4272, 20/4443, 20/4461, 20/4477, 20/4503, 20/4525](#)

Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW

[Umdruck 20/4991](#)

Abgeordnete Pauls kritisiert, die Koalition habe auf den Vorschlag der SPD-Fraktion vom 27. Mai dieses Jahres nicht reagiert, obwohl nach der Anhörung der Wunsch bestanden habe, einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen. Der neue Umdruck enthalte auch Eindrücke der Diskussion der Fehmarnbelt-Days, zu denen sich nur der SSW geäußert habe. Erst gestern hätten CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der SPD-Fraktion nun einen Antragsentwurf und diesen zudem auch nur an den Bildungsbereich übermittelt, ohne Änderungen kenntlich zu machen. Im Ergebnis schlage sie vor, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen, um zwischenzeitlich einen interfraktionellen Antrag zu einen.

Abgeordnete von Kalben bedauert die Irritationen, betont allerdings auch, sie habe erwartet, dass die Abstimmung im federführenden Bildungsausschuss stattfinde. Sie begrüßt den Vorschlag, die Beratung zu verschieben, um bis dahin eine einvernehmliche Lösung zu finden, der inhaltlich nichts entgegenstehe. Sie bittet darum, den angesprochenen Vorschlag vom 27. Mai dieses Jahres noch einmal zu übersenden.

Abgeordnete Waldinger-Thiering teilt mit, die neue Version der Koalitionsfraktionen enthalte nur geringfügige Änderungen, die sie mittragen könne, schließt sich aber gleichwohl dem Wunsch an, den Tagesordnungspunkt zu schieben, um sodann in angemessener Zeit einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

Abgeordneter Krüger stellt klar, dass bei der Übermittlung etwas schiefgelaufen sein müsse. Jedenfalls handele es sich bei der ausgebliebenen Antwort nicht um ein Ergebnis bösen Willens. Auch er spricht sich für eine Verschiebung aus.

9. Terminplanung 2026

Vorschlag des Vorsitzenden
[Umdruck 20/4961](#)

Der Vorsitzende weist zu den geplanten Sitzungen des Europaausschusses auf unvermeidliche terminliche Überschneidungen mit Sitzungen des Wirtschaftsausschusses hin, auch wenn es sich dabei teilweise lediglich um Reservetermine handele.

Abgeordnete Pauls teilt mit, der Sozialausschuss befinde sich vom 13. bis zum 17. April 2026 auf Informationsreise in Kärnten.

Der Vorsitzende erläutert auf Nachfrage des Abgeordneten Timmer, die zeitliche Planung der Informationsreise nach Brüssel im Umfang von fünf Tagen orientiere sich an den bisherigen Erfahrungen. Er fordert die Ausschussmitglieder dazu auf, bis Freitag nächster Woche Themenwünsche an die Geschäftsführung zu richten. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss finde eine Informationsreise nach Lettland zu den Themen Ostseeraum, Cybersicherheit und Energiesouveränität statt, und zwar für vier bis fünf Tage im Zeitraum vom 13. bis zum 24. April 2026, zu dem auch die Botschaft rate, vorzugsweise vom 20. bis 24. April 2026, um eine Kollision mit der Ausschussreise des Sozialausschusses nach Kärnten zu vermeiden.

Abgeordnete Pauls kündigt an, dass sie wegen ihrer Arbeitsbelastung nicht an zwei Ausschussreisen direkt nacheinander teilnehmen könne, woraufhin der Vorsitzende auf die Möglichkeit der Vertretung hinweist.

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Informationsreise nach Brüssel vom 2. bis zum 6. März 2026.

Der Ausschuss beschließt bei drei Enthaltungen eine Informationsreise nach Lettland im Frühjahr 2026.

10. Für eine Europäische Union mit Sinn und Verstand: Regelung für technische Inspektion von älteren Fahrzeugen beibehalten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3189](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3245](#)

(überwiesen am 22. Mai 2025 federführend an den **Europaausschuss** sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss)

– Verfahrensfragen –

Abgeordnete Riecke schlägt eine kleine schriftliche Anhörung vor.

Abgeordnete von Kalben erkennt eher ein verkehrspolitisches denn ein europapolitisches Thema und gibt zu bedenken, alle wollten die bisherige Regelung zum TÜV beibehalten, was eine Anhörung überflüssig mache. – Abgeordneter Timmer schließt sich der Abgeordneten von Kalben an.

Abgeordnete Riecke räumt ein, dass alle an der bisherigen Regelung festhalten wollten; gleichwohl interessierten ihre Fraktion die Standpunkte der Verbände dazu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, der federführende führe keine Anhörung durch und habe sich dem Verfahren des Europaausschusses angeschlossen.

Der Ausschuss beschließt sodann mit wenigen Enthaltungen, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Vorsitzende bittet darum, die Anzuhörenden bis Freitag nächster Woche zu benennen.

11. Nordseebericht

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/3008](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025)

– Verfahrensfragen –

Abgeordnete von Kalben schlägt ein Fachgespräch im Dezember 2025 vor. – Abgeordneter Timmer ergänzt dazu, er wünsche sich qualitative Aussagen etwa zum Fortgang des STRING-Projekts.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, ein Fachgespräch durchzuführen. Der Vorsitzende bittet darum, der Geschäftsführung Themenwünsche bis zum Freitag nächster Woche mitzuteilen.

12. Bericht zu Studenten- und Schüleraustauschprogrammen inklusive Teilnahmezahlen

Antrag der Abgeordneten Marc Timmer (SPD) und Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in der 29. Sitzung vom 18. Dezember 2024
hierzu: [Umdruck 20/5005](#)

Staatssekretär von der Heide schildert einleitend, seit dem Jahr 2020 seien mittlerweile 86 Schulen, zwei Kitas und das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein vernetzt und erhielten die maximale Förderung für die entsprechenden Förderperioden. Auch darüber könne man die Austauschprogramme erheblich ausweiten.

Frau Rohwer, Referatsleiterin im Bildungsministerium, trägt sodann anhand einer Präsentation ([Umdruck 20/5005](#)) vor.

In der Hochschule sei Erasmus wie im schulischen Bereich sehr erprobt. Es gebe zwei Leitaktionen, nämlich Leitaktion 1 zur Mobilität von Einzelpersonen sowie Leitaktion 2 zur Förderung von Partnerschaften. Insgesamt spreche man über 33 Programmländer und in den jeweiligen Programmgenerationen über entsprechende Schwerpunkte, gegenwärtig vor allem Nachhaltigkeit, Inklusion und Vielfalt. Gerade nach dem Bolognaprozess gebe es nun kürzere Aufenthaltsdauern. In einigen Formaten würde physische Mobilität mit virtuellen Anteilen verbunden, um neue Formen des Austausches zu ermöglichen.

Herr Keskin, Mitarbeitender im Referat für hochschulpolitische Grundsatzfragen im Bildungsministerium, ergänzt, Nachhaltigkeit, Inklusion und die Einbindung benachteiligter Gruppen würden von den Hochschulen und dem Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) aktiv berücksichtigt. Er hebt die Berichte zu Erasmusaufenthalten sowie entsprechende Social-Media-Beiträge der Hochschulen hervor.

Ab 2028 beginne die neue Programmgeneration, die bei voraussichtlich erheblicher Ausweitung der Mittel bis 2034 laufen werde. Im europäischen Kontext spreche der DAAD von einem Gesamtbudgetbedarf von mindestens 60 Milliarden Euro, dessen Umsetzung abzuwarten bleibe. – Herr Keskin ergänzt, der DAAD verwalte die Mittel der EU für die Hochschulen, die die Studierenden beantragten. Die Antragssumme variere je nach Zielland. Hinzu kämen Zuschüsse für nachhaltiges Reisen. – Abschließend weist der Bildungsstaatssekretär darauf hin,

dass es während der Coronapandemie einen Einbruch der Erasmus-Zahlen gegeben habe, das Programm nun aber stabil weiterlaufe.

Abgeordnete von Kalben gibt einen Hinweis der Europäischen Hochschulallianz wieder, wonach die Erasmus-Mittel nur noch zäh abflössen, weil die Bereitschaft wegen der Kürzung von sechs auf drei Monate sinke, ins Ausland zu gehen. – Staatssekretär von der Heide sagt zu, die Antworten zur Entwicklung der Mittel sowie zur Reduzierung von sechs Monaten auf drei beziehungsweise vier Monate nachzureichen.

Auf Fragen der Abgeordneten von Kalben und Pauls zu deren Eindruck, dass Austausche in der Schule hauptsächlich an den Gymnasien stattfänden, erklärt Frau Rohwer, über das Konsortium erhielten die teilnehmenden Schulen eine Vollmitgliedschaft bei Erasmus+, sodass sie auch mit kleineren Schülergruppen fahren könnten. Sie weist darauf hin, in den letzten Jahren würden verstärkt Schulen im Startchancen-Programm angesteuert. Man spreche über eine auskömmliche Finanzierung, sodass die Schülerinnen und Schüler keinen Eigenanteil leisten müssten.

Programmmitgliedschaften bildeten eine abgespeckte Version mit einem Land als Partner, allerdings ohne die Möglichkeit des Jobshadowings. Hier könne das Konsortium steuern, dass nicht eine hochaktive Schule über die Programmmitgliedschaft mehrere Länder anmelde, wobei es sich dabei nach der Erfahrung der Landesregierung oft um Gymnasien und nicht um Gemeinschaftsschulen handele, die aber eine breite Verteilung über möglichst viele Schulen sicherstellen wolle.

Abgeordneter Timmer fragt auch mit Blick auf seine Kleine Anfrage nach Indizien für gekürzte Mittel und bittet um Bestätigung, dass sich nur die im Konsortium akkreditierten Schulen bewerben und ihre Schülerinnen und Schüler am Programm teilhaben lassen könnten. Aus dem Europäischen Parlament erfahre er, dass es in Zukunft nur noch Auslandsaufenthalte sowie auch die Förderung der Freiwilligendienste über Erasmus+ geben solle. Abschließend wirft er die Frage nach der gegebenenfalls anteiligen Höhe der Fördersumme und danach auf, ob sie pro Schülerin und Schüler unterschiedlich ausfalle. – Staatssekretär von der Heide entgegnet, zu Veränderungen der Austauschprogramme mit Blick auf den Auslandsaufenthalt habe er keine Informationen. Er bietet an, Nachfragen zur Kleinen Anfrage im Nachgang schriftlich zu beantworten.

Abgeordneter Krüger fragt nach einer Länderübersicht und kritisiert ebenfalls, dass die Finanzierung von nur noch vier anstatt sechs Monaten an vielen Universitäten zu Hemmnissen führe, an dem Austausch teilzunehmen. – Staatssekretär von der Heide sagt zu, eine Länderübersicht nachzureichen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls sagt der Bildungsstaatssekretär zu, er werde Informationen zu den zwei Kitas nachreichen, die laut der Präsentation an Austauschprogrammen teilgenommen hätten.

Auf eine Rückfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering antwortet Frau Rohwer, nach ihrer Erinnerung würden die Europaschulen auch über Erasmus+ gefördert, und zwar im Rahmen der Programmmitgliedschaft mit regelmäßig einem Land. Es gebe Fortbildungen für Lehrkräfte und zukünftig auch für anderes pädagogisches Personal.

Auf die Fragen des Abgeordneten Timmer, ob sich die Teilnahme für Schülerinnen und Schüler außerhalb des Konsortiums nicht sehr aufwendig gestalten, bittet Frau Rohwer um gezielte schriftliche Fragestellung im Nachgang, weil es sich dabei um ein sehr komplexes und detailreiches Gebiet handele.

Staatssekretär von der Heide unterstreicht bezugnehmend auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering, die Landesregierung wünsche sich mit Blick auf die Internationalisierungsstrategie, dass möglichst viele an den vielfältigen Austauschangeboten teilnähmen. Bei der Organisation täten sich Gymnasien offensichtlich leichter als andere Schulformen. Gerade deshalb wolle man die Schulen über das Konsortium unterstützen, um am Ende Austauschprogramme für alle Schularten zu realisieren. Schon jetzt zeige sich, dass es gelinge, mehr Schülerinnen und Schüler für solche Austauschprogramme zu begeistern und die Organisation in der Schule sicherzustellen.

Sodann stellt er klar, dass er sich eine zukünftig höhere Mittelausstattung erhoffe, wobei der DAAD und auch andere im europäischen Kontext andeuteten, dass man tatsächlich mit einer verbesserten Mittelausstattung rechnen dürfe.

Der Vorsitzende regt an, diesen Punkt in einer zukünftigen Ausschusssitzung erneut aufzurufen.

13. Fachgespräch

Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 20/2475](#) (neu)

(überwiesen am 26. September 2024 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/3870, 20/4120, 20/4121, 20/4122, 20/4147, 20/4179, 20/4180, 20/4181, 20/4182, 20/4183, 20/4186, 20/4187, 20/4191, 20/4239, 20/4767](#)
(neu), [20/4908, 20/4966](#)

Teilnehmende:

- Regionskontor und Infocenter Sønderjylland/Schleswig
Peter Hansen
- DGB Bezirk Nord
Gabriele Wegener, Geschäftsführerin der DGB-Region Schleswig-Holstein Nordwest
- Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen
Schleswig-Holstein
Doris Kratz-Hinrichsen
- **Dr. Anna Katharina Mangold**, Professorin und geschäftsführende Leiterin der Abteilung Europarecht an der Europa-Universität Flensburg **(per Video)**
- Center für Grenzregionsforschung an der Süddänischen Universität
Marlene Paulin Kristensen, PhD **(per Video)**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und teilt mit, Frau Wegener könne krankheitsbedingt nicht teilnehmen.

Herr Hansen, Leiter des Regionskontors und Infocenters Sønderjylland/Schleswig, teilt mit, bei der Einreise nach Dänemark verzeichne man inzwischen keine Staus mehr. Auch ansonsten bestünden im Zusammenhang mit den Grenzkontrollen keine großen verkehrlichen Auswirkungen. Baustellenbedingte Probleme gebe es bei der Einreise über die A7 sowie bei polizeilichen Maßnahmen wie Lkw-Kontrollen. Sein Vorstand habe bereits 2018 beschlossen, sich der politischen Bewertung solcher Maßnahmen zu enthalten.

Frau Doris Kratz-Hinrichsen, Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein, teilt mit, nach dem letzten Zuwanderungsbericht vom 16. Juni mit Stand zum 31. Mai dieses Jahres gebe es in diesem Jahr bis dahin 1.495 Asylsuchende in Schleswig-Holstein sowie 1.097 Vertriebene aus der Ukraine, mithin 2.592 Personen gegenüber rund 11.000 Geflüchtete im Jahr 2024, 16.000 im Jahr 2023 und rund 37.000 im Jahr 2022. Die Flüchtlingszahlen in Deutschland und Europa insgesamt seien trotz historisch hoher Zahlen von weltweit 122 Millionen Menschen stark zurückgegangen, insbesondere über die Hauptfluchtrouten über das östliche und westliche Mittelmeer, das Baltikum und den Balkan. Eine Zunahme verzeichne man bei der Flucht aus dem Vereinigten Königreich auf den Kontinent.

Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden in Schleswig-Holstein seien Afghanistan mit 36 Prozent, Syrien mit 21,3 Prozent bei starkem Rückgang, die Türkei mit 9,1 Prozent, der Irak mit 5,5 Prozent, Armenien mit 3,9 Prozent, die Russische Föderation mit 3,7 Prozent und der Iran mit 3,6 Prozent sowie mit rund 3 Prozent die afrikanischen Länder Jemen, Somalia und Eritrea. Männliche erwachsene Personen machten in diesem Jahr bislang rund 39 Prozent der Asylsuchenden aus, weibliche Erwachsene 21,81 Prozent, rund 20 Prozent männliche Kinder unter 18 Jahren und 19,20 Prozent weibliche. Zum 31. Mai seien 2.822 Personen auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt worden, also nur noch solche mit einer positiven Bleibeperspektive sowie die ukrainischen Kriegsvertriebenen. Zum Stichtag hätten 619 Personen das Land verlassen, davon 239 freiwillig, 229 abgeschoben und 150 rücküberstellt. Die Anzahl der freiwilligen Ausreisen sei in Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich am höchsten.

Die frühere Bundesinnenministerin habe am 16. September 2024 Grenzkontrollen auch zu Dänemark aktiviert, die die neue Bundesregierung fortsetze. Sie verweist auch auf ihre Stellungnahme [Umdruck 20/4182](#). Ende Februar habe die Bundespolizei veröffentlicht, an der deutsch-dänischen Grenze seien 154 Personen bei der unerlaubten Einreise festgestellt worden, von denen man 128 Personen zurückgewiesen habe. Die 69 km lange deutsch-dänische Grenze verfüge über 26 Übergänge, für deren Kontrolle die Bundespolizei Reservepersonal nutze, sodass es zu Überstunden komme. Allerdings stünden nur zwölf Beamtinnen und Beamte für mobile Grenzkontrollen zur Verfügung, könnten also nur temporär kontrollieren. Außerdem fehle inzwischen die Infrastruktur für Grenzkontrollen. Vom 16. September 2024 bis zum 21. Juni 2025 verzeichne die Bundespolizei 238 unerlaubte Einreisen und 41 zugelassene Einreisen wegen besonderer Schutzbedarfe, wobei sie noch nicht wisse, wie die Bundespolizei besonderen Schutzbedarf überhaupt feststelle. Im Hinblick auf die GEAS-Umsetzung und der

Screeningverordnung, die die Bundesregierung in Kürze in Kraft setze, solle Vulnerabilität innerhalb von 72 Stunden erkannt werden.

Abgeordnete Pauls bestätigt aus eigener Anschauung, die Bundespolizei bemühe sich, den Verkehrsfluss nicht allzu stark zu behindern. Ihre Fraktion spreche sich nach wie vor gegen Grenzkontrollen aus, für deren Umsetzung die Politik dann aber auch die erforderlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen müsse, gerade im Verhältnis zu den deutlich besseren dänischen Einrichtungen. Sie erkenne sehr wohl eine Belastung der Pendler, weil ja schließlich sinnvollerweise niemand wisse, wann die Bundespolizei wo kontrollierbar, sodass sie sich sicherheitshalber früher auf ihren Weg machten. Auch weil man nicht alle Übergänge kontrollieren könne, halte sie Kontrollen des Hinterlands für eine gute Idee. Sie fragt nach konkreten Beschwerden gegen die Maßnahmen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering erkennt in der Zurverfügungstellung der erforderlichen Rahmenbedingungen eine Aufgabe der Bundespolitik. Der SSW lehne die Grenzkontrollen insbesondere im Schengen-Raum ab. Sie fragt nach Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, ob man sich nicht peu à peu vom Schengener Abkommen löse, und bittet um nähere Erläuterungen zur Flucht aus dem Vereinigten Königreich.

Abgeordnete Wentzel begrüßt den provisorischen Charakter der Grenzkontrollen als deutliches Zeichen dafür, an der europäischen Freizügigkeit festzuhalten. Selbstverständlich brauche die Bundespolizei Rückzugsmöglichkeiten, auch zum Schutz vor Wind und Wetter. Nach ihrer Information gebe es vermehrt illegale Einreisen per Flugzeug.

Herr Hansen antwortet, viele Menschen pendelten aus Deutschland nach Dänemark und seien daher auf ihrem Rückweg nach Deutschland zeitlich flexibler. Wer morgens um 7:00 Uhr nach Dänemark fahren, müsse in der Regel keine Kontrollen befürchten, und in die Gegenrichtung verhalte es sich wohl ähnlich. Außerdem könnten flexible Arbeitszeiten eventuelle kontrollbedingte Verspätungen auffangen. Homeoffice führe dazu, dass nicht mehr so viele Menschen täglich die Grenze passierten wie früher. Außerdem hänge es auch von individuellen Faktoren ab wie etwa, ob ein Auto getönte Scheiben habe. Jedenfalls kenne er niemanden, der wegen der Grenzkontrollen nicht mehr in Dänemark arbeiten wolle.

Frau Kratz-Hinrichsen teilt mit, ihr lägen keine Beschwerden vor, was aber auch daran liege, dass sie nicht die Geflüchteten selbst, sondern nur mittelbar berate. Aus dem Vereinigten Königreich kämen Menschen, die dorthin geflohen und sich bereits längere Zeit dort aufgehalten hätten. Schleswig-Holstein sei von den Einreisen via Flugzeug nicht betroffen. An fünf deutschen Flughäfen bestehe das sogenannte Flughafenverfahren, in dem Asylverfahren direkt am Flughafen stattfänden, sodass es gegebenenfalls gar nicht erst zur Einreise komme. Die konkreten Zahlen reiche sie nach.

Abgeordneter Vöge verweist auf die Stellungnahme der Bundespolizei, wonach sie die Menschen bei den Kontrollen möglichst wenig zu beeinträchtigen suche, was ihr ausweislich der Ausführungen von Herrn Hansen auch gelinge, wofür die CDU-Fraktion den Beamten ausdrücklich danke.

Abgeordnete von Kalben bezeichnet das Schengener Abkommen als europäische Errungenschaft und bedauert die aktuellen Grenzkontrollen in Europa, bei denen es sich um keine Dauerlösung handeln dürfe. Sie begrüßt, dass auch die Bundespolizei offenbar sehr zur bislang entspannten Situation beitrage. Sodann beschreibt sie eine problematische und sogar gefährliche Situation, wenn – wie wohl unlängst an der polnischen Grenze geschehen – eine afghanische Familie von den jeweiligen Grenzschutzbeamten immer auf die andere Seite der Grenze gefahren werde. Es interessieren sie, ob Dänemark Zurückweisungen von deutscher Seite bislang akzeptiere.

Frau Kratz-Hinrichsen antwortet, die Bundespolizei teile mit, Dänemark nehme die Menschen bislang ohne zu zögern zurück, um sodann zu entscheiden, ob die Menschen gegebenenfalls weiter nach Schweden zurückgewiesen würden. Insofern könne man die Situation nicht mit der an der deutsch-polnischen Grenze vergleichen.

Frau Dr. Anna Katharina Mangold, Professorin und geschäftsführende Leiterin der Abteilung Europarecht an der Europa-Universität Flensburg, erinnert an den Grundsatz, dass innereuropäische Grenzkontrollen im Schengen-Raum nicht erlaubt seien; stelle die Freizügigkeit doch eine der sichtbarsten Errungenschaften der europäischen Integration dar. Temporäre Grenzkontrollen im Schengen-Raum seien für zwei Jahre beziehungsweise maximal für drei Jahre zulässig. Diese Frist habe Deutschland seit 2018 längst überschritten und sogar noch weitere Grenzkontrollen eingerichtet, was das deutsch-polnische und das deutsch-dänische Verhältnis belaste, denn die Mitgliedsstaaten der EU misstrauten einander wieder. Insofern beobachte

man gegenwärtig, wie die Völkerverständigung, die europäische Integration und die Freizügigkeit geopfert würden.

Es handele sich um die Grundidee einer freiheitlichen Demokratie, dem Einzelnen Freiheiten zu gewähren, die nur in Gefahrensituationen und auch nur im Rahmen der Verhältnismäßigkeit eingeschränkt werden dürften, um die Sicherheit zu gewährleisten. Eine solche konkrete Gefahrensituation erkenne sie aktuell nicht, denn die Sicherheitslage in Deutschland habe sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert, wohl aber die Wahrnehmung von angeblichen Gefahren, die von Menschen ausgingen, die nach Deutschland kämen, angetrieben vom Diskurs der rechtsextremen AfD. Es gehöre zum Geschäft der Rechtsextremen, Sicherheitsgefahren zu behaupten, worauf sich die demokratischen Parteien nicht einlassen, sondern auf Basis von Fakten handeln sollten, so wie es das Unionsrecht und der Europäische Gerichtshof ohnehin verlangten.

Indem die Bundesregierung der EU-Kommission mitteile, dass sie eine Gefahr für Deutschland nur durch die Einführung von Grenzkontrollen abwehren könne, offenbare sie im Grunde genommen, dass sie die Sicherheitslage in Deutschland nicht mehr im Griff habe. Dies wäre ihrer Ansicht nach ein Armutszeugnis und entspreche nicht den Fakten, denn bei der Bundesrepublik handele es sich um ein extrem sicheres Land. Außerdem stelle sich die rechtliche Frage nach der Geeignetheit von Grenzkontrollen, um die behaupteten Gefahren zu beseitigen oder überhaupt nur zu mindern. Sie bezeichnet die Ergebnisse der Grenzkontrollen als ausgesprochen mager bei gleichzeitig extrem hohen Kosten durch die zahlreichen Überstunden. Dafür bekomme man gerade in Zeiten knapper Kassen erschütternd wenig greifbare Ergebnisse. Daher sprächen sich die dänische Polizei und auch einzelne Bundespolizisten explizit für andere Maßnahmen aus. Nach dem Schengen-Kodex müsse die Bundespolizei sowieso Alternativen erwägen, eben weil Grenzkontrollen nur das letzte Mittel darstellen dürften.

Sie resümiert, Grenzkontrollen beförderten die Sicherheit nicht messbar, sondern verursachten massive Kollateralschäden für Menschen, Umwelt und Unternehmen, insbesondere in den Grenzregionen. Im Ergebnis spreche man über eine eindeutige juristische Lage: Die Grenzkontrollen erwiesen sich schon sehr lange als unionsrechtswidrig. Sie erinnert die Bundesregierung an ihre Bindung an Recht und Gesetz, ohne die man in der Barbarei ende. Der Landtag von Schleswig-Holstein möge alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Wege nutzen, um die Bundesregierung an die Vorzüge eines regelbasierten Miteinanders in Europa und in der Welt zu erinnern.

Frau Marlene Paulin Kristensen, PhD am Center für Grenzregionsforschung an der Süddänischen Universität, berichtet über ihre ethnologische Feldforschung mit der dänischen Polizei in der Grenzregion. Nun gelte es zu entscheiden, welchen Teil des grenzenlosen Europas man bewahre und was man verändere, welche polizeilichen Methoden man in der Grenzregion unterstütze, welche alternativen Ansätze Sicherheit und Zusammenhalt in den nationalen Peripherien herstellen könnten, ob man ethnische Profilierung an der Grenze akzeptiere und ob es ein Problem darstelle, dass die neue Generation keine offenen Grenzen mehr kenne.

Sodann führt sie aus, die Diskussion über die europäischen Grenzen werde seit 25 Jahren sehr polarisiert geführt. Seit fast zehn Jahren befinde sich die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Schengener Abkommens in einem Notstand. In ganz Europa werde über offene europäische Grenzen diskutiert. Dabei möge man sich die Frage stellen, welche Aspekte des grenzenlosen Europas der demokratischen Gesellschaft förderlich und welche hinderlich gewesen seien, was man bei Grenzschießungen verliere und was gewinne. Der Beitritt Dänemarks zum Schengen-Raum im Jahr 2001 sei als Symbol für das neue offene Europa verstanden worden.

Die Verlagerung der nationalen Grenzkontrollen auf die Außengrenzen der EU habe im dänischen Grenzland allerdings auch Sorgen mit Blick auf Grenzen ohne Grenzbehörden hervorgerufen. Nun stelle sich die Frage, ob die Grenzkontrollen dieser Sorge begegne oder ob Behörden im Grenzland nicht auf andere Weise anwesend sein könnten. Die professionelle Einschätzung der dänischen Polizei laute, dass man Kriminalität nicht durch Grenzkontrollen bekämpfe, sondern durch langwieriges, tiefgehendes und auf Nachrichten basierendes Handeln sowie die Zusammenarbeit mit deutschen und europäischen Partnern, um kriminelle Netzwerke aufzudecken. Die dänische Polizei halte die Grenzkontrollen für eine Demonstration der Stärke (Show of Force) im Gegensatz zur sogenannten Erkenntnisgestützten Polizeiarbeit (Intelligence-Led Policing/ILP). Nun stelle sich die Frage, ob beide Methoden gleichzeitig unterstützt werden könnten beziehungsweise für welche man sich entscheide.

2016 seien die dänischen Grenzkontrollen eingeführt und dabei mehrfach kritisiert worden, dass es eine ethnische Profilierung gebe. Polizeiintern würden die Kontrollen sarkastisch als ethnische Kontrolle bezeichnet, weil es in der öffentlichen Wahrnehmung offensichtlich darum gehe, Migranten aufzuhalten. Das Polizeimanagement hingegen bestehe auf professioneller Profilierung. Gleichwohl berichteten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten an der dänischen Grenze davon, dass ihre dunkelhäutigen Freundinnen und Freunde auf dem Rücksitz Platz

nähmen, um nicht an der Grenze kontrolliert zu werden. Dies werfe die Frage auf, ob man akzeptieren dürfe, dass junge, nicht weiße Menschen mit solchen Erfahrungen aufwachsen beziehungsweise wie man eine nicht ethnisch basierte Grenzkontrolle realisieren könne.

Die dänischen zeitlich begrenzten Grenzkontrollen bestünden nunmehr seit fast zehn Jahren. Insofern wachse nun eine Generation heran, die keine offene Grenze mehr kenne. Dies werfe die Frage auf, ob, für wen und für was dies ein Problem darstelle.

Abgeordnete Wentzel stellt fest, zwar sei die Kriminalitätsrate leicht gesunken, aber das Bundesinnenministerium teile mit, dass die politisch motivierten Taten im letzten Jahr um 40 Prozent gestiegen seien, antisemitische Taten um 21 Prozent, Taten aufgrund religiöser Ideologien um 41 Prozent und solche aufgrund ausländischer Ideologien um 42 Prozent. Das Bundeskriminalamt schreibe auf seiner Website, dass sich die Zahlen der Gefährder für islamisch motivierten Terrorismus seit 2013 verfünffacht hätten und sich weiterhin auf hohem Niveau bewegten. Zwar könne man viele Anschläge verhindern, aber die Zahl der Ermittlungsverfahren habe sich seit 2014 verdoppelt. Insofern teile sie nicht die Einschätzung von Frau Dr. Mangold, dass kein erhöhtes Gefahrenpotenzial bestehe.

Abgeordnete von Kalben stellt fest, keine Statistik zeige, dass es sich bei den Menschen, die an der deutschen Grenze Asyl suchten, automatisch um Täter handle. Trotzdem würden Grenzkontrollen häufig mit gestiegener Gewalt begründet, also sehr wohl ein gewisser Zusammenhang zwischen Geflüchteten und Gewalt hergestellt. Gerade islamistisch motivierte Terroristen lebten häufig aber schon sehr lange in Deutschland oder hätten gar keinen Migrationshintergrund. Nach ihrer Einschätzung könnten Grenzkontrollen die Gefahr gar nicht mindern, selbst wenn sie überhaupt bestünde. Tatsächlich würden sie nur für sehr viel Geld zur Beruhigung der Bevölkerung durchgeführt. Außerdem werde dabei nun gezielt nach Menschen gesucht, die man für Geflüchtete halte, was zur von Frau Kristensen dargestellten ethnische Diskriminierung und damit zu einem riesigen Problem führe.

Abgeordnete Waldinger-Thiering erinnert daran, ursprünglich hätten sich die dänischen Grenzkontrollen auf Asylsuchende bezogen, wohingegen es nun um Kriminalität und um diejenigen ohne blaue Augen und helle Hautfarbe gehe. Die Erlaubnis der EU-Kommission, Grenzkontrollen durchzuführen, werde damit völlig verzerrt. Sie fragt Frau Kristensen und Frau Dr. Mangold nach den Gewinnen.

Abgeordnete Pauls kritisiert die von der Abgeordneten Wentzel dargestellten Zahlen angesichts des Vortrags von Frau Dr. Mangold scharf, mit der sie viele Vorurteile unterstreiche. Antisemitismus beispielsweise gehe vielleicht zu einem sehr kleinen Teil auf Eingereiste zurück, finde sich zum größten Teil aber in der hier lebenden Bevölkerung. Ihn im Zusammenhang mit Grenzkontrollen zu nennen, halte sie für sehr problematisch, denn damit würden rechte Narrative bedient.

Frau Dr. Mangold hält den Diskurs angesichts der Frage für bezeichnend, ob Grenzkontrollen denn nun ein zielführendes Mittel darstellten, um behauptete Gefahren abzuwenden. Diese Debatte werde letztlich auf Abwege geführt. So weise die Abgeordnete Wentzel auf die Statistik des Bundeskriminalamtes hin, die ein Unionsminister zuletzt auf sehr interessante Weise präsentiert habe, wonach sich eine Aussage darüber ableiten lasse, welche Menschen die Straftaten begingen. Dem Vorhalt, die Zahl der Gefährder habe sich verfünffacht, begegne sie als Polizeirechtlerin mit dem Hinweis, dass es sich dabei um keine gesetzliche Kategorie, sondern um eine reine Einschätzung der Sicherheitsbehörden handle, die sie aus liberaler verfassungsrechtlicher Perspektive für extrem problematisch halte, weil damit Eingriffsbefugnisse gegenüber den Personen verbunden würden, die aber noch gar nichts gemacht hätten.

Solche Debatten belegten, wie man den Diskurs führe: Leute, die möglicherweise etwas täten, die nach irgendwelchen unbelegten Fakten möglicherweise etwas im Schilde führten, würden angeführt, weil es sich angeblich um Personen handle, die über die Grenze eingereist seien. Vor zwei Jahren habe sie die wechselnden Begründungen der dänischen Regierung geprüft, wobei auch die Bundesregierung sehr wechselnde Begründungen anführe, aber immer wieder werde auf die Terrorismusgefahr abgestellt. Dem wolle sie mit einer gewissen Polemik begegnen, dass ein Terrorist, der einen Terroranschlag in Deutschland plane, aber keinen Weg über die deutschen Grenzen finde, sehr dumm sein müsste. Sie ausgerechnet in stichprobenartigen Grenzkontrollen herauszufiltern, sei sehr unwahrscheinlich. Die Abgeordnete Wentzel fragt sie, wie sie damit umgehe, dass selbst die Polizei die Maßnahmen mit Blick auf die Gefahrenabwehr für ausgesprochen ungeeignet halte.

Der Schengener Grenzkodex begreife Grenzkontrollen als Ultima Ratio, wenn sich ein Mitgliedsstaat in einer so ausweglosen Lage befinde, dass die Sicherheit des Staatsgebietes in keiner anderen Weise gewährleistet werden könne. Dass das Narrativ vor diesem Hintergrund überhaupt verfange, versetzte sie in Erstaunen. Bei der Freizügigkeit handle es sich nämlich nicht nur um eine von Anfang an in den Verträgen gewährleistete ökonomische Grundfreiheit,

sondern um eine für die Menschen und das Zusammenwachsen in Europa außerordentlich wichtige Freiheit.

Selbstverständlich gebe es in Einzelfällen Straftaten. Allerdings zeige sich die deutsche Gesellschaft sehr bereit, regelmäßige Übergriffe etwa gegen Frauen hinzunehmen. Im Bereich des Terrorismus werde aus Einzelfällen geschlossen, dass Menschen, die über die Grenze kämen, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit kriminell seien, was einfach nicht der Tatsachen entspreche. Tatsächlich handele es sich meist um Menschen, die froh darüber seien, Krieg und Gewalt entflohen zu sein, um in Deutschland sicher zu leben und als Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte sowie in vielen anderen Berufen zu arbeiten. Diese Menschen sollten zu Illegalen gemacht und in einen Zustand der Rechtswidrigkeit geschoben werden. Nun werde über die illegale, über die irreguläre Migration gesprochen.

Sie halte es für keine gute Art, die Menschen, die über die Grenze kämen, rassistisch zu markieren und Racial Profiling zu betreiben. Dies bewirke nichts anderes als Hass, Rassismus und das Aussortieren von Menschen zu befördern. Die Grenzkontrollen seien überhaupt nicht dazu geeignet, Gefahren abzuwehren, obwohl es sich dabei um den einzigen Maßstab handle, den das europäische Recht und der Europäische Gerichtshof vorsähen.

Frau Kristensen, antwortet auf Englisch; zwar habe man in Dänemark bei Grenzkontrollen Waffen und Drogen gefunden, die allerdings nicht mehr durch die reguläre dänische Polizei, sondern durch in sechsmonatigen Schnellkursen ausgebildete Polizeikadetten vorgenommen würden. Vieles sei in den zehn Jahren nicht erreicht worden. Vieles finde nur vorübergehend in einer großen Grauzone im Grenzgebiet statt. Es gebe zwar Zusammenarbeit in vielen Bereichen und nicht allein mit der deutschen Polizei, aber vieles sei auch noch nicht entwickelt. Menschen in der Grenzregion berichteten, dass nichts vorangehe. Es gebe kein Voranschreiten der Integration in der Region. Ob dies an den Grenzkontrollen liege, lasse sich nur schwer sagen.

Der Vorsitzende dankt den Sachverständigen für ihre Teilnahme und äußert seine Freude darüber, die Gespräche an anderen Stellen fortzusetzen.

14. Fachgespräch (Teil 1)

a) Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/2964](#)

Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa

Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW
[Drucksache 20/2988](#)

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche

Alternativantrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/2991](#)

(überwiesen am 26. Februar 2025)

hierzu: [Umdrucke 20/4855](#), [20/4950](#), [20/4951](#), [20/4988](#), [20/4994](#)

Teilnehmende:

- GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel
Dr. Thorsten Reusch, Leitung Forschungsbereich 3 – Marine Ökologie
- GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel
Dr. Jens Greinert, Professor im Forschungsbereich 2 – Marine Biochemie
- Europa-Union Schleswig-Holstein e. V.
Enrico Kreft, Vorstandsmitglied
- Junge Europäische Föderalist*innen Schleswig-Holstein e.V. (JEF)
Leon Schröter, Landesvorsitzender
- IHK Schleswig-Holstein
Dr. Sabine Schulz (Maritime Wirtschaft)
Dr. Klaus Thoms (Industrie, Umwelt und Rohstoffe)
- Städteverband Schleswig-Holstein
Claudia Zempel, stellvertretende Geschäftsführerin

Herr Dr. Thorsten Reusch, Leitung Forschungsbereich 3 Marine Ökologie am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, trägt anhand des [Umdrucks 20/4988](#) vor.

Abgeordnete von Kalben bestätigt die großen Gefahren für die Ostsee und die Dringlichkeit, zu handeln, weil inzwischen davon ausgegangen werde, dass die Ostsee schon Mitte der 30er-Jahre kippe. Trotzdem gebe es bereits viele Bestrebungen, das gerade erst mit knapper Mehrheit beschlossene Gesetz zur Wiederherstellung (Nature Restoration Law) zurückzufahren, weshalb sie wissen wolle, welche Bedeutung Herr Dr. Reusch dem Gesetz für die Entwicklung der Meeresbiologie im Ostseeraum beimesse, gerade auch im Verhältnis zu den anderen Instrumenten. – Herr Dr. Reusch antwortet, es ergänze die bisherigen Instrumente, die vor allem auf die Beseitigung der Störgrößen abzielten und nicht auf eine aktive Renaturierung, was aber nicht ausreiche, wie auch die UN feststellten. Daher dürfe man den Nature Restoration Act jetzt nicht wieder zurücknehmen. Im Übrigen müsse man sich daran gewöhnen, stärker aktiv in Ökosysteme einzugreifen, um sie klimaresilient zu machen, und führt als Beispiel die Forstwirtschaft an, bei der in 100 Jahren ganz andere Baumarten verwendet worden seien als heute. Bislang würden noch nicht alle Schutzgüter umfasst wie zum Beispiel die meerestypische biologische Vielfalt, die auch international nur sehr wenig standardisiert erfasst werde. Nur die Meeresstrategierahmenrichtlinie zu verbessern, reiche nicht aus.

Auf eine Frage des Abgeordneten Timmer erklärt Herr Dr. Reusch, mit dem Begriff neue Baselines beziehe er sich auf den Umstand, dass es in der westlichen Ostsee bereits eine Erwärmung um 2 °C gebe, die weiter steige. In der Folge werde man die kaltboreal temperate Flora und Fauna teilweise nicht mehr halten können, was man bei der Frage, welche Arten zu einer gesunden Ostsee gehörten, berücksichtigen müsse. Der Umweltrahmen werde demnächst schlicht ein anderer sein, auch wenn man ihn wissenschaftlich nur sehr schwer festlegen könne. Insgesamt weise die Ostsee ein hohes Regenerationspotenzial auf, wie sich an der sehr guten Entwicklung der Kieler Förde zeige, da etwa der einmündende Fluss Schwentine sehr sauber geworden sei.

Abgeordneter Krüger interessiert, ob sich manche Anrainerstaaten bei der Verfolgung der Ziele positiv hervortäten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering wünscht sich für die Feststellung, dass ein zu hoher Nährstoffeintrag ins Gewässer vorliege, ein schlankeres und vor allem schnelleres Verfahren als bisher, woraufhin Herr Dr. Reusch einräumt, dabei handele es sich um eine Frage, die die Politik beantworten müsse.

Herr Dr. Greinert, Marine Biogeochemie am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, begrüßt, Schleswig-Holstein wisse sehr genau um die Arbeit seines Instituts und nehme national sowie international eine Vorreiterrolle bei der Munitionsbergung ein. Inzwischen gebe es sehr viel Wissen und verschiedene von ihm koordinierte europäische Projekte. Die EU verlasse sich darauf, dass das Thema von Deutschland vorangetrieben werde. Die dänische Ratspräsidentschaft wolle das Thema zusätzlich voranbringen, sodass sich ein Schulterschluss zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein anbiete.

Im August 2025 räume man in Mecklenburg-Vorpommern, im Oktober solle die Beauftragung für die Munitionsräumplattform erfolgen, für die der Bund 100 Millionen Euro zur Verfügung stelle und deren Fertigstellung man für das Jahr 2027 anvisiere. Er weist darauf hin, Mittel für die tatsächliche Räumung stünden noch nicht zur Verfügung, die vom Bund und der Europäischen Union kommen müssten. Schon vor längerer Zeit habe Mecklenburg-Vorpommern dazu den Vorschlag eines europäischen Fonds gemacht, den Schleswig-Holstein verfolgen könnte. Er lobt die gute Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Industrie und Landesregierung. Inzwischen sei der schleswig-holsteinische Kampfmittelräumdienst sogar Teil der EU-Projekte.

Auf eine Frage des Abgeordneten Krüger führt er aus, GEOMAR sei ein Partner im MUNI-RISK, um die legalen Prozesse und auch die Risiken zu eruieren und überhaupt in der Ostsee räumen zu können. Dabei müsse man auch an den massiven Ausbau von Windkraftanlagen in der Ostsee denken. Über HELCOM gebe es dafür bereits eine sehr gute Grundlage, weil man bereits seit Jahrzehnten zusammenarbeite.

Abgeordneter Balke berichtet über die Lübecker Perspektive und erkennt einen Konflikt zwischen dem Ausbau von Windkraftanlagen auf See und der Bergung von Munitionsaltlasten, denn diejenigen, die sie errichteten, müssten zunächst die Munitionsaltlasten entsorgen. Über Schleswig-Holstein und Deutschland hinaus finde man Munitionsaltlasten und große Probleme damit. Entwickle Schleswig-Holstein also das Know-how und die erforderliche Technik, sei dies nicht nur umweltpolitisch und gesundheitspolitisch, sondern auch wirtschaftlich äußerst sinnvoll. Daher wolle er wissen, wie der Wissenstransfer und der wirtschaftliche Effekt unterstützt werden könnten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering hält es für entscheidend, wer am Ende die Kosten für die Munitionsbergung trage, ob zum Beispiel die Staaten hafteten, die sie abgeworfen hätten, woraufhin Herr Dr. Greinert ausführt, international bestehe inzwischen Einigkeit, dass kein Staat

dafür verantwortlich gemacht werde, was vor Mitte der 70er-Jahre ins Meer gelangt sei. Dies liege auch einfach daran, dass man die Verantwortlichkeit in vielen Fällen gar nicht mehr zuordnen könne. Außerdem ergebe sich beispielsweise die Frage, ob die Verantwortung bei den Alliierten oder bei Deutschland liege, das schließlich den Zweiten Weltkrieg begonnen habe. Im Ergebnis führten diese Fragen nur zu Hürden.

Er spricht sich für die Errichtung eines europäischen Fonds aus, den die Staaten nach einem festgelegten Schlüssel bedienen, um sodann anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse zu priorisieren und peu à peu zu räumen. Beispielsweise sollte man die Lübecker Bucht mit Mitteln des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein räumen, um so als gutes Beispiel für Europa voranzugehen und darauf aufzubauen. Nach seiner Einschätzung sei die Belastung in der Ostsee am höchsten.

Sein Institut arbeite intensiv daran, wissenschaftliche Erkenntnisse und technisches Know-how zu transferieren. In diesem Zusammenhang begrüßt er den Bau der Plattform zur Entsorgung geborgener Munition, zumal die technischen Bausteine dafür bereits zur Verfügung stünden. Erweise sie sich als erfolgreich, könne man diese Technik und dieses Wissen europaweit oder sogar weltweit verkaufen. Dieses Ziel habe unabhängig von der politischen Couleur seit jeher bestanden.

Abgeordneter Timmer regt an, dieses Thema sehr prominent im Rahmen der Ostseeparlamentarier-Konferenz BSPC zu behandeln, deren übernächste Sitzung Schleswig-Holstein austrage, was Herr Dr. Greinert für eine gute Idee halte, weil es gerade im Ostseeraum bereits die Absicht der Anrainerstaaten gebe, aktiv zu werden. Letztlich gehe es um die Kostenfrage.

Der Vorsitzende schlägt vor, dieses Thema auch mit den Europaabgeordneten zu besprechen und dazu Herrn Dr. Greinert einzuladen.

Abgeordnete von Kalben kündigt einen Vorschlag für die Befassung des Schleswig-Holsteinischen Landtags an. Die Ostseeparlamentarier-Konferenz BSPC habe sich mit dem Thema bereits sehr intensiv beschäftigt und es vorangebracht.

Enrico Kreft, Vorstandmitglied in der Europa-Union Schleswig-Holstein e. V., begrüßt die strukturierten Forderungskataloge in den Anträgen und das darin klar zum Ausdruck kommende Bekenntnis zur europäischen Integration. CDU und Grüne stellten auf Kohäsion, Strukturförderung die Stärkung des ländlichen Raums und darauf ab, Europa müsse beweglicher, krisenfester und strategisch besser aufgestellt werden. Handlungsbedarf erkenne die Europa-Union bei demokratischer Teilhabe, subsidiärer Verantwortung und Bürgernähe. In diesem Zusammenhang nennt er die klare Verankerung der kohäsionspolitischen Prinzipien, vereinfachte Antragsverfahren, die regionale Zuständigkeit, keine Vermischung des Agrar- mit dem Strukturfonds, um nach wie vor sehr gezielt und regional zu fördern, sowie den Wunsch nach geringerem bürokratischen Aufwand bei Anträgen auf Fördermittel. Er vermisst die demokratische Legitimation auf EU-Ebene, die Positionierung zur Debatte über Eigenmittel sowie das Recht auf Beteiligung von Städten, Kommunen und Regionen. Abgesehen davon handele es sich um einen regionalpolitisch sehr wertvollen Antrag.

Der Antrag von SPD und SSW sei demgegenüber viel weitergehend und setze strategische Prioritäten. Als einziger Antrag benenne er Demokratie, Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit und sozialen Zusammenhalt als übergeordnete Werte und enthalte starke Aussagen zu Mehrheitsentscheidungen, Gleichstellung und Minderheitenrechten sowie konkrete Forderungen zur Charta der Frauenrechte, Bildungs-Start-ups und zum Green Deal. Unklar bleibe allerdings auch bei diesem Antrag die konkrete zukünftige Einbindung von Regionen, Kommunen und Zivilgesellschaft, wobei man auch an Subsidiarität und Bürgernähe denken möge. Möglicherweise könne man aus der Grundidee im Antrag auch ein Innovationslabor für europäische Governance auf regionaler Ebene in Schleswig-Holstein entwickeln, das in der Europapolitik bereits seit vielen Jahrzehnten gut aufgestellt und eng vernetzt sei, was die Möglichkeit für eine strategische Entwicklung bereithalte.

Die FDP fokussiere sich in ihrem Antrag sehr stark auf die Sicherheitslage. Auch die Europa-Union fordere seit vielen Jahren die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in der Außenpolitik. Der Antrag betone die europäische Rüstungskooperation und duale Forschungen, was sich am Ende gewiss auch auf den Standort Schleswig-Holstein auswirke. Allerdings vermisse er die demokratische Absicherung sowie die Einbindung von Regionen, Bürgern und Parlamenten. Die Zivilgesellschaft mitzunehmen sei eine große Aufgabe. Er unterstreicht Bürgernähe als Grundlage für alle EU-Reformen und sämtliche EU-Politik. Dabei gehe es nicht nur um die Sicherheitsarchitektur, sondern auch um die soziale Statik, die die anderen beiden

Anträge aufzunehmen. Die Forderung, den Haushalt ohne Kontrolle umzusetzen, stoße seinerseits auf Bedenken. Stattdessen möge man den mehrjährigen Finanzrahmen durch regionale Bürgerbeteiligung mitgestalten. Auch gehe es um die Frage, wer eigentlich definiere, was eine Krise ist, und wer was lenke, um die Politik nicht noch weiter zu entfernen.

Leon Schröter, Landesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalist*innen Schleswig-Holstein e. V., trägt anhand des [Umdrucks 20/4994](#) vor und fordert, alle drei Anträge sollten auch die Interessen junger Menschen berücksichtigen.

Abgeordneter Dr. Garg stellt klar, bei dem Alternativantrag seiner Fraktion gehe es darum, die anderen Anträge zu ergänzen, nicht aber, sie abzulehnen. Die Europäische Union habe die Entwicklung der USA spätestens seit 2012 aus Bequemlichkeit ignoriert. Nun müsse Europa gewissermaßen erwachsen werden, ohne sich außenpolitisch und verteidigungspolitisch zu verzweigen. Immerhin spreche man über einen Wirtschaftsraum von 22 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung gegenüber den USA mit 25 Prozent. Die neue Periode biete die einmalige Chance, aber auch die Notwendigkeit, nun viel schneller selbstständig zu werden; gehe er doch davon aus, dass sich die von den USA eingeschlagene Entwicklung auch unter einer demokratischen Präsidentschaft nicht mehr grundlegend verändern werde.

Die geopolitischen Verschiebungen brächten enorme Herausforderungen mit sich, weshalb seine Fraktion in ihrem Antrag den aus ihrer Sicht notwendigen Schwerpunkt setze. Hingegen gehe es nicht darum, Abstriche bei der Munitionsräumung, der Frage nach der Wehrhaftigkeit der europäischen Demokratien sowie der Stärkung und Befähigung gerade junger Menschen, um von Europa zu profitieren, zu machen. Insofern sollte man seiner Ansicht nach alle drei Anträge zusammen sehen und idealerweise das Beste daraus zu einer demokratischen Antwort zusammenfügen. Das über die Grenzkontrollen Grenzen faktisch wiederaufgebaut würden und dies auch noch politisch verteidigt werde, halte er für falsch.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet Herrn Kreft um Ausführungen, welche Hilfestellung er sich mit Blick auf Erasmus+ für Europaschulen und die Beantragung entsprechender Mittel vorstelle. Sie fragt zudem, wie es gelingen könne, hier beispielsweise Jugendliche aus Belarus aufzunehmen, damit sie von der hiesigen Demokratie lernten und es gelinge, Hürden und Vorurteile abzubauen.

Herr Schröter moniert, gerade in Schule sei Erasmus+ noch zu wenig sichtbar. Hier sollten Schulleitungen und Lehrkräfte verstärkt informieren, zumal die Möglichkeit, an einem Austausch teilzunehmen, nicht nur vom eigenen finanziellen Hintergrund abhinge und junge Menschen keine Angst haben müssten, ein halbes oder ganzes Schuljahr im Ausland zu verbringen. Auch sollten europäische Austausche stärker in Klassenfahrten integriert werden.

Der Vorsitzende teilt mit, im Nachgang stelle man die von der Landesregierung heute Morgen vorgestellte Präsentation zum Thema zur Verfügung.

Herr Kreft berichtet aus seiner Zusammenarbeit mit Lehrkräften an Europaschulen in den letzten zehn Jahren von der großen Belastung, Erasmus-Anträge zu stellen. Über ein Jahrzehnt hinweg habe die Europa-Union zusammen mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein Selbststärkungsseminare für Lehrkräfte unter anderem zur Europakompetenz durchgeführt, deren Wissen aber nicht automatisch auf neue Lehrkräfte übergehe. Er schlägt vor, Lehrkräfte mit entsprechender Kompetenz schulübergreifend für die Antragstellung einzusetzen.

Auch die Europa-Union diskutiere seit mehreren Jahrzehnten über Sicherheitspolitik, Außenpolitik und eine Verteidigungsunion. Dabei gehe es auch darum, die Ressourcen der nationalen Armeen zu bündeln. Die Verschränkung der Fähigkeiten führe auch dazu, keinen Krieg untereinander zu führen. Insofern könne es auch nicht sein, dass ein Nationalstaat vorangehe. Gerade weil Europa für seine Verteidigung viel Geld ausgeben müsse, sollte es gelingen, effizienter und wirtschaftlicher zu werden. Schleswig-Holstein möge dabei auch die Entwicklungen im Baltikum inklusive der dortigen mangelnden Verteidigungsfähigkeit im Blick behalten.

In der Tat gebe es schon seit der Obama-Regierung eine Verlagerung der amerikanischen Außenpolitik auf den indopazifischen Raum, was seinerzeit in Europa aber nicht verstanden worden sei und nun unter Präsident Trump klar zum Ausdruck komme, der diese Strategie fortsetze und den Europäern ihre Versäumnisse der letzten Jahre vorhalte. Insofern gehe auch er davon aus, dass sich die US-amerikanische Linie selbst bei einem Regierungswechsel nicht mehr verändere. Erst jetzt werde die geopolitische Verantwortung der Europäischen Union deutlich, indem die Staats- und Regierungschefs nun klar artikulierten, dass es bei der Ukrainepolitik und bei der Aufnahme von Staaten wie Georgien um das geopolitische Interesse und um Sicherheitsinteressen gehe, anstatt nur um den Export europäischer Ideale wie Demokratie, Beteiligung, Wohlstand und soziale Verantwortung.

Abgeordneter Dr. Garg fragt Herrn Kreft, ob er das Weimarer Dreieck als Widerspruch zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik oder aber mit Blick beispielsweise auf die Slowakei und Ungarn als eine vernünftige Strategie begreife.

Von Abgeordnetem Nielsen befragt stellt Herr Schröter klar, selbstverständlich werde die Reisefreiheit nicht ausgesetzt, wohl aber stark eingeschränkt. Die stichprobenartigen Grenzkontrollen würden systematisch bei bestimmten Personengruppen verstärkt durchgeführt, die für die Kontrollierenden so aussähen, als lohne sich ihre Kontrolle mehr als die anderer. Dies bedeute für diese Personengruppen sehr wohl eine Einschränkung ihrer Reisefreiheit, weil sie sich über die Maßnahmen an der Grenze in eine Zeit vor dem Schengener Abkommen zurückversetzt fühlten.

Auf Nachfragen der Abgeordneten Pauls und Timmer spricht sich der Landesvorsitzende für die stärkere Inanspruchnahme von Erasmus+ durch Gemeinschaftsschulen aus, weil alle Schularten gleichermaßen davon profitieren sollten. Allerdings gehe es nicht darum, die Anzahl der Klassenfahrten umzuverteilen, sondern sie insgesamt zu steigern. Sodann kommt er auf Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags zu sprechen, der sich an die Beistandspflicht des Artikels 5 des NATO-Vertrags anlehne. Die EU-Institutionen sollten diesen Mechanismus stärken und klarmachen, dass sich die europäischen Mitgliedsstaaten nicht nur im Rahmen der NATO, sondern auch innerhalb der Europäischen Union beistünden.

Herr Kreft hält das Weimarer Dreieck für richtig, gerade um Polen in die Mitte Europas zu holen und darüber eine Brücke in andere Länder wie Tschechien und die Slowakei zu bauen. Es biete darüber hinaus die Möglichkeit, Europa vorzudenken und Impulse für seine weitere Integration und Entwicklung zu geben, denn faktisch spreche man über ein Europa verschiedener Geschwindigkeiten. Er antwortet dem Abgeordneten Timmer, man müsse nach wie vor auf Graswurzelkommunikation setzen, insbesondere mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler. Selbst an Europaschulen dürfe man den europäischen Geist nicht voraussetzen, den der Schulkörper nämlich auch leben müsse.

Das Bildungsministerium habe die Mittel für den Kurs der Europa-Union mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein vor einigen Jahren um mehrere 10.000 Euro gekürzt, aber dieses vom Bildungsministerium so genannte Versehen bislang nicht korrigiert. Er appelliert an die Fraktionen, diese vergleichsweise geringe Summe zur Verfügung zu stellen, um die Arbeit fortzusetzen. Zwar habe die verantwortliche Kollegin

250.000 Euro an europäischen Mitteln eingeworben, aber die EU-Kommission verlange nun, die Arbeit nicht nur für Lehrkräfte in Schleswig-Holstein, sondern bundesweit und europäisch durchzuführen. Dies belaste das erfolgreiche kleine Projekt in Schleswig-Holstein, weil man sich zukünftig nicht mehr auf die schleswig-holsteinischen Bedarfe konzentrieren und eine gute Vernetzung organisieren könne. Aus seiner eigenen Erfahrung versichert er, bislang habe es sich um einen sehr effizienten Mitteleinsatz gehandelt, wenn man sehe, was man mit Lehrkräften alles erreichen könne, die sich durch einen solchen Kurs motivieren ließen.

Herr Dr. Thoms, Referent der IHK Schleswig-Holstein, verweist auf den nicht besonders guten Zustand von Nord- und Ostsee, den man verbessern müsse. Er bezeichnet die Wasserrahmenrichtlinie und die Meeresstrategierahmenrichtlinie als gute Instrumente, die alle sechs Jahre überprüft werden müssten. Am Fluss Schwentine sei es gelungen, große Fortschritte zu erzielen, weil man bei der Umsetzung der Maßnahmen auch auf die Flächen habe zugreifen können. Dies sei nun wegen der Konkurrenz bei der Flächeninanspruchnahme nicht mehr möglich, was den Gewässerschutz in eine schwierige Situation bringe und wofür es mehr Anreizprogramme und Förderung brauche. Er gibt zu bedenken, man spreche über ein außerordentlich träges biologisches System, sodass Verbesserungen mitunter mehr Zeit benötigten. Etwa beim Nährstoffeintrag handele es sich um außerordentlich langfristige Prozesse und die Nachwirkung historischer Immissionen.

Daher möge man die Richtlinien nicht grundsätzlich infrage stellen, wohl aber die damit verbundene Bürokratie reduzieren. So gestalte sich das damit verbundene CIS-Bewertungsverfahren als außerordentlich aufwendig, das alle sechs Jahre in allen Wasserkörpern durchgeführt werden müsse, wobei ein Fluss aus mehreren Wasserkörpern bestehe. Hier wäre es seiner Meinung nach eine große Erleichterung, nur die Gewässer zu betrachten, bei denen man auch tatsächlich eine Veränderung verzeichne. Darüber hinaus müsse man selbstverständlich berücksichtigen, wo man in den nächsten sechs Jahren tätig werden könne. Er betont, das ausgeprägte Berichtswesen an die EU stelle er nicht grundsätzlich infrage, denn schließlich wolle man die Fortschritte ja messen, aber selbst Behördenvertreter zeigten sich zunehmend frustriert, weil sich nichts verändere. Dies müsse man unbedingt verhindern.

Die Meeresstrategierahmenrichtlinie berge Herausforderungen mit Blick auf die wirtschaftliche Nutzung. Windkraftanlagen würden insbesondere in der Nordsee sehr stark ausgebaut, was Veränderungen im Ökosystem nach sich ziehe, die nicht immer etwas Negatives bedeuteten. So brauche man beispielsweise für einen Monopile in der Nordsee Kolkschutz, auf dem sich

eine neue Ökologie entwickele. Bestimmte Umweltorganisationen lehnten sämtliche Eingriffe ab, was er aber als unrealistisch bewerte, wenn man tatsächlich auf erneuerbare Energien setzen wolle.

Frau Dr. Schulz, Referentin der IHK Schleswig-Holstein, setzt fort, Munition im Meer beschäftige die Wirtschaft schon seit vielen Jahren. In Schleswig-Holstein arbeiteten IHK, das GEOMAR und das Ministerium sehr eng zusammen und hätten auch in dem Maritimen Cluster und den Naturschutzverbänden enge Partner, mit denen man Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit durchführe. Die IHK wünsche sich an Nordsee und Ostsee generell sicheren Tourismus. Als wichtige Themen benennt sie zudem Offshoravorhaben, Lebensmittelsicherheit und den Missbrauch von aus Nordsee oder Ostsee entwendetem Sprengstoff, auf den es bislang zwar noch keine Hinweise gebe, aber ähnliche Fälle kenne man bereits aus dem Mittelmeer.

Für die optische und sensorische Überwachung liefere das GEOMAR herausragend gute Bilder. Darüber hinaus gehe es auch um den Schadstoffgehalt geräumter Gebiete. Insgesamt entwickle sich die Technik immer weiter. Künstliche Intelligenz ziehe man heran, um die Archive in Papierform auszuwerten, auch kleinere Munitionsfunde zu identifizieren und zu entscheiden, wo man mit welcher Priorität bergen müsse. In Schleswig-Holstein gebe es bereits ein Netzwerk. Seit Jahren fordere man die solide Finanzierung über 2027 hinaus, um die Handlungsfähigkeit fortsetzen zu können. Die Pilotbergungen offenbarten viele offene Fragen bei den Genehmigungsverfahren und den Regularien wie etwa im Arbeitsschutz, aber auch beim Transport geborgener Munition an Land. Damit man die Bergungsplattform über die Pilotphase hinaus effektiv einsetzen könne, müsse man solche Fragen so schnell wie möglich klären. Ähnlich verhalte es sich mit Genehmigungsverfahren für weitere Bergungsgebiete.

Sie erinnert an die Gründung des Kompetenzzentrums MUNIMAR durch das Ministerium, das GEOMAR und die IHK im letzten Jahr. Nun plane der Bund MUNIMAR auf einmal in Mecklenburg-Vorpommern, was die IHK sehr überrasche. Schleswig-Holstein gehe mit gutem Beispiel voran und wolle die Zusammenarbeit fortsetzen. Dazu müsse der Bund seinen Anteil beitragen. Sie sieht alle Bundesländer in der Pflicht, weil in Nordsee und Ostsee Kriegsmunition aus allen Bundesländern versenkt worden sei. Anschließend könne die Europäische Union mit gutem Beispiel folgen und das Thema EU-weit ausrollen.

Ein Großteil der in der Nordsee versenkten Munition liege in der Zwölf-Meilen-Zone. Zwar stünden die Offshore-Windkraftanlagen außerhalb, aber die Leitungen, die sich nicht kreuzen dürften, führten durch das Küstenmeer. Es stünden nur sehr enge Korridore zur Verfügung. Gegenwärtig verlege man die Leitungen am besten um die Munition herum, was zukünftig mit Blick auf die Ausbauziele nicht mehr gelinge, weshalb man so schnell wie möglich Lösungen finden müsse.

Sodann spricht sie die Hafenstrategie und die maritime Industriestrategie der EU an. Die IHK wolle auch den Nord-Ostsee-Kanal im Rahm der Hafenstrategie berücksichtigt wissen, der nämlich die Häfen verbinde und sich in einem schlechten Zustand befinde. Möglicherweise könne die EU Druck ausüben, diese internationale Seeschiffahrtstraße zu ertüchtigen, um die damit verbundenen Aufgaben erfüllen zu können. Bei der maritimen Industriestrategie gehe es vor allen Dingen um Schiffbau und Zuliefererindustrie. Bei Schleswig-Holstein handele es sich um den größten Werftenstandort in Deutschland, der aber vor großen Problemen stehe, die die IHK in das Konsultationsverfahren einbringen wolle und hierbei auf die Unterstützung des Landes hoffe.

Vom Abgeordneten Krüger befragt erläutert sie, aktuell dürfe man nach deutschem Recht nur bei Gefahr im Verzug Munition aus dem Wasser bergen, was einer flächendeckenden Räumung entgegenstehe. Hierfür brauche es entsprechende Regelungen im Arbeitsschutz. Der Einsatz autonomer Systeme zur Munitionsbergung zum Schutz von Mensch und Umwelt sei noch nicht überall möglich.

Frau Zempel, Städteverband Schleswig-Holstein, schließt sich den Ausführungen von Herrn Kreft an. Gerade die kommunale Ebene müsse die meisten Rechtssetzungsakte der EU umsetzen und mit den Konsequenzen leben, wenn etwas schief laufe. Daher möge man sie bei Rechtssetzungsakten immer einbeziehen. Subsidiaritätsprinzip, Konsultationsmechanismen und Weiteres seien gute Gedanken, die allerdings nur schwer in die Praxis umgesetzt würden. Sie lobt die vorliegenden Anträge, die sich ihrer Ansicht nach sehr gut ergänzten und als schleswig-holsteinisches Statement das gebührende Selbstbewusstsein ausdrückten.

Den Antrag von SPD und SSW bezeichnet sie als Hauptantrag und hebt die Stärkung der Demokratie hervor. In diesem Zusammenhang erinnert sie an zahlreiche Formate auch in Kooperation mit der Europa-Union, dem Europaministerium und den Abgeordneten, gegen die

Wahlmüdigkeit bei der Europawahl vorzugehen. Wahrscheinlich werde manches als zu selbstverständlich wahrgenommen. Solche Formate wolle sie gerne auch in Zukunft anbieten, zeige sich aber auch für neue Ideen offen. Städtepartnerschaften und Schüleraustausch halte sie trotz der angespannten Finanzlage für wichtig. Den Ausführungen zur Wettbewerbsfähigkeit stimme sie vollumfänglich zu, wobei man auch auf die SDGs verweisen sollte. Volle Zustimmung erführen auch Resilienz, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, zivile Alarmplanung, Zivilschutz und sozialer Zusammenhalt.

Über Finanzierung und die Verteilung von EU-Fördermitteln rede man mit der Landesregierung. Sie spricht sich für mehr Entbürokratisierung und das Vertrauen in die Kommunen aus, die nämlich wüssten, wie sie das Geld gut einsetzen könnten. Als positives Beispiel hebt sie die Regionalfonds und die Regionalbudgets bei der Umsetzung von LEADER und ELA hervor; dazu gebe es nämlich intensive Diskussionen und ein straffes Punktemanagementsystem.

Zur Kohäsionspolitik kritisiert sie, ländliche Regionen würden häufig als Gegensatz städtischer Struktur bezeichnet. In Schleswig-Holstein verzeichne man aber eine ähnliche Lebenslage und nur wenige komplett abgehängte ländliche Regionen. Stadt und Land könnten im Grundsatz nur zusammen gut funktionieren, sodass es interkommunale Kooperationen bei entsprechender Hinterlegung mit Fördermitteln brauche. Dies zeige auch, dass inzwischen nicht mehr nur ländliche Regionen, sondern fast alle Städte bei Regionalbudgets und AktivRegionen mitwirkten, was sie auch für völlig richtig halte.

Abschließend stellt sie fest, zwar handele es sich bei Kommunalpolitik weder um Außen- noch um Sicherheitspolitik, aber gleichwohl stimme sie der FDP-Fraktion bei der Aufgabe ziviler Verteidigung zu, die nun auch wieder bei den Kommunen ankomme. Sodann appelliert sie, die Ausschussmitglieder sollten alle Anträge zu einem richtig guten Paket zusammenfügen.

Auf die Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering versichert sie, auch sie halte das Subsidiaritätsprinzip im Grundsatz für eine gute Idee, die aber in der Praxis nicht gut funktioniere. In der Tat gehe Bayern hier voran, das dafür drei kommunalfinanzierte Personen in einem Brüsseler Büro unterhalte und im Zweifelsfall sowieso mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie vielleicht auch mit dem Hanse-Office zusammenarbeite. Trotz der engen Zusammenarbeit gebe es aber doch Divergenzen, sodass am Ende wenig dabei herumkomme. Für entscheidender halte sie, was der Bund bei der Umsetzung in nationales Recht selbst noch

hinzufüge. Diesbezüglich sollten Land und Kommunen enger zusammenarbeiten, um die Positionen der Kommunen besser in die Fachpolitik und tatsächlich auch in das Bundesratsverfahren einzubringen. Ein solches proaktives Vorgehen sei sinnvoller als eine spätere Rüge. In diesem Zusammenhang müsse man auch den Ausschuss der Regionen erwähnen. Der deutschen Delegation gehörten auch drei Kommunalvertreter an, die sich redlich mühten.

Von der Abgeordneten von Kalben befragt stellt sie fest, bei Städtepartnerschaften gehe es selbstverständlich nicht nur um Geld. Beim Schüleraustausch und bei Erasmus komme es darauf an zu betonen, dass es vor allem um das gegenseitige Miteinander und das Kennenlernen gehe, was dann auch in Städtepartnerschaften transportiert werde. Allerdings überalterten sie, viele junge Menschen fänden sich in Städtepartnerschaftsvereinen wegen der Vereinsstrukturen und der Altersstruktur nicht wieder. Zwar bemühe man sich um die Unterstützung des Ehrenamtes durch das Hauptamt; gleichwohl entstünden nicht sehr viele neue Städtepartnerschaften. Seit dem Ukrainekrieg verzeichne man allerdings deutschlandweit einen unglaublichen Zuwachs niedrigschwelliger Kooperationen unterhalb der Ebene einer Städtepartnerschaft.

Herr Schröter begrüßt grundsätzlich, dass Bayern von der Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge Gebrauch mache und sich auch in der Europäischen Union behaupte, ohne immer über die Bundesebene zu gehen. Langfristig könne es nicht mehr sein, dass 27 Nationalstaaten versuchten, ihre Ziele durchzusetzen. So gebe es bei den Zielen Schleswig-Holsteins möglicherweise mehr Gemeinsamkeiten mit Dänemark als mit Bayern.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Sachverständigen. Sodann spricht er den zweiten Teil des Fachgesprächs in der Sitzung am 1. Oktober dieses Jahres an, bei dem der Ausschuss neben den drei europapolitischen Anträgen auch über den Arktisantrag diskutieren werde. Er schlägt eine Fragestellung vor, die die Ausschussmitglieder gegebenenfalls beim Ausschussbüro ergänzen möchten. Anschließend informiert er über den Kreis der Teilnehmenden und nimmt den Hinweis des Abgeordneten Dr. Garg auf, auch Herrn Dr. Masala einzuladen und gegebenenfalls per Video zuzuschalten.

Der Ausschuss erklärt sich mit dem Vorgehen einstimmig einverstanden.

**b) Schleswig-Holstein in Europa – Europapolitische Schwerpunkte
(Europabericht 2024/2025)**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/2999](#)

(überwiesen am 23. Mai 2025)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

15. Information und Kenntnisnahme

[Umdruck 20/4690](#): Resolution 33. Ostseeparlamentarierkonferenz
[Umdruck 20/4952](#): Auswertung Arbeitsprogramm EU-Kommission 2025
[Unterrichtung 20/238](#): Bundesratsdrucksache „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 109, 115 und 143h)“
[Unterrichtung 20/242](#): Ergebnisprotokoll MPK vom 12. März 2025
[Unterrichtung 20/248](#): Forderungen der Landesregierung an den MFR ab 2028
[Unterrichtung 20/250](#): Entschließung des Bundesrates „60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen“
[Unterrichtung 20/256](#): Beschlüsse der 97. EMK vom 21. bis 22. Mai 2025 in Brüssel
[Unterrichtung 20/257](#): Ergebnisprotokoll der MPK vom 5. Juni 2025
[Umdruck 20/4634](#) (nicht öffentlich): PSO Resolution 2025, Änderungsvorschläge SH

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

16. Verschiedenes

Der Vorsitzende schlägt vor, die Bevollmächtigte des Landes Schleswig-Holstein beim Bund in die Sitzung des Europaausschusses am 26. November 2025 einzuladen, um mit ihr über die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung, den Einfluss auf europäische Gesetzgebung und weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit zu sprechen. Weitere Themenvorschläge möchten die Ausschussmitglieder dem Ausschussbüro bis Freitag nächster Woche mitteilen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzende

gez. Nadine Otte
Geschäfts- und Protokollführerin